I.

Die Popularklagen.

Von

Theodor Mommsen.

In der großen Abhandlung, in der Bruns die römischen Popularklagen behandelt hat¹⁾, geht er aus (S. 327. 329) von der Unterscheidung einer dreifachen Formulierung der Bußen: *dare damnas esto sestertios tot* bezeichne die auf dem Civilweg einzuziehende Buße, *multa esto sestertios tot* und *poena esto sestertios tot* die durch den Kriminalprozeß herbeigeführten, wo bei der ersteren ein die Infamie begründender, bei der zweiten ein nicht infamierender angenommen werde. Diese Dreiteilung geht ihm hervor aus einer bekannten Stelle Catos²⁾: *ecqua tandem lex est tam acerba quae dicat: 'si quis illud facere voluerit, mille minus dimidium familiae multa esto; si quis plus quingenta iugera habere voluerit, tanta poena esto; si quis maiorem pecuum numerum habere voluerit, tantum damnas esto'*. Aber wie sollten die Römer dazu kommen, für die Verletzung des Maximum des occupierten Bodens und für die des Maximum des auf die Gemeinweide aufzutreibenden Viehs begrifflich verschiedene Normen, und wie sollte der alte Redner dazu kommen in dieser Weise juristische Distinctionen aufzustellen? vielmehr sagt er mit rhetorischer Variierung von der inrogierten Multa, auf die sich alle drei Angaben gleichmäßig beziehen, dreimal wesentlich dasselbe. *Multa* mit folgender Zahl ist die technische Be-

¹⁾ Zeitschrift für Rechtsgeschichte 3 (1864) S. 341—415 = Kleinere Schriften 1 (1882) S. 313—375. Ich citiere nach dem zweiten Druck. —

²⁾ Bei Gellius 6, 3, 37.

zeichnung zunächst der arbiträren magistratischen Mult.¹⁾ *Poenā* mit folgender Zahl ist überhaupt der technischen Rede fremd, da diese eben dafür *multa* setzt; nur insofern *poena* jede Strafe bezeichnen kann, findet sich diese Wendung zuweilen²⁾ und ist von Cato offenbar nur zur Abwechslung gebraucht worden. Endlich *damnas esto* ist nichts weiter als ein verstärktes *dato*³⁾ und eignet sich daher auch in Anwendung auf die inrogierte Mult zu gleichartiger aushülfsweiser Verwendung. Wir haben also hier neben der eigentlich technischen Formulierung zwei nicht technische verallgemeinernde; unmöglich kann mit Bruns in diese Fassungen der von ihm angenommene sprachlich durch keine Spur angezeigte Wert hineininterpretiert werden.

Actio popularis ist nach Bruns (S. 366) nicht jede Klage, die von jedem Bürger angestellt werden kann, sondern diese heiße nur dann so, wenn sie dem Kläger zu eigenem Nutzen und Vorteil gereiche. Diese Beschränkung des den Gesetzen wie dem prätorischen Edikt fremden, ohne Zweifel schulmäßigen Terminus⁴⁾ ist falsch: *popularis* bezeichnet die Handlung, die von jedem Bürger vorzunehmen ist oder vorge-

¹⁾ Strafrecht S. 1013, vgl. S. 1016 A. 2. — ²⁾ Strafrecht S. 14 A. 4. Bruns selbst bringt dafür einen einzigen Beleg: Senatsbeschluß bei Frontinus *de aq.* 127: *poena HS dena milia*; denn bei Ulpian Coll. 14, 3 sind die Worte *HS c milium* Zusatz von Huschke gegen die Handschriften. — ³⁾ Strafrecht S. 13 A. 1, S. 1018 A. 3. Cato hat diesen Sinn der Worte noch empfunden; die jüngere, aber schon in der Gracchenzeit begegnende Formel *dare damnas esto* ist sprachlich gleichwertig mit *multare multatus esto*. Es steht dieser Widersinn wohl unter dem Anklingen des früh erstarrten und flexionslos gewordenen *damnas* auf *damnare* in seiner späteren Geltung. — Wenn Bruns S. 329 den *damnas* dem *iudicatus* gleichstellt und meint, daß er 'unzweifelhaft' wie ein Verurteilter behandelt worden sei, so ist dabei weder an den *roti damnas* gedacht, noch läßt sich eine solche Behandlung bei dem Damnationslegat auch für die älteste Zeit annehmen, da der Beklagte dabei nicht, wie bei der Geldschuld, von seiner Verpflichtung Kenntnis zu haben brauchte und also ein Beweisverfahren unumgänglich erforderlich war. Die Formel bezeichnet einfach jede persönliche Verpflichtung, vorzugsweise dann, wenn sie auf Geld gestellt ist. — ⁴⁾ Der Ausdruck gehört keineswegs, wie Bruns annimmt, dem Prätor an; das Edikt *de sepulcro violato* (Dig. 47, 12, 3 pr.) setzt *quicumque agere volet* und *actio popularis* begegnet lediglich in Lehrschriften.

nommen werden kann, sowohl nach dem sonst feststehenden Sprachgebrauch¹⁾ wie nach den überlieferten Interpretationen.²⁾ Als Motiv dieser Anordnung bezeichnen die Rechtslehren nicht, wie Bruns will, den Vorteil des Klägers, sondern das Interesse der Gemeinde.³⁾ Was von der *actio popularis*, gilt in gleicher Weise auch von dem *interdictum popolare*; auch dies führt davon den Namen, daß jeder Bürger dasselbe zu begehren befugt ist (A. 2) und als Motiv desselben wird die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses betrachtet. Es ist lediglich Willkür die *actio popularis* auf diejenigen Klagen zu beschränken, deren in unseren Digesten Erwähnung geschieht und sie den dort nicht vorkommenden zu versagen, bei welchen ebenfalls im öffentlichen Interesse jeder Bürger zugelassen wird. Ebenso ist auch der Versuch verfehlt, diejenigen im Interesse der Gemeinde angestellten Klagen, bei welchen der Kläger befugt ist im Fall des Obsiegens die Strafsumme in seinen Nutzen zu verwenden, auszuschneiden als 'eigentliche Popularklagen' (S. 366); sie würden eher als uneigentliche zu bezeichnen sein, wenn eine solche Scheidung überhaupt zulässig wäre. Sie ist es aber nicht. Das römische Civilrecht kennt unter den wenigen Fällen, wo es Klage in fremdem Namen gestattet, einfach die Klage *pro populo*⁴⁾ und alle Civilklagen, die von jedem Bürger angestellt werden können, fallen unter das gleiche procuratorische Prinzip.⁵⁾

¹⁾ Festus p. 253: *popularia sacra sunt, ut ait Labeo, quae omnes cives faciunt*. — ²⁾ Ulpian Dig. 43, 8, 1, 36: *hoc interdictum (ne quid in loco publico fiat)*. . . *populare est*. Derselbe Dig. 43, 13, 1, 9: *hoc interdictum (ne quid in flumine publico fiat) cuivis ex populo competit*. Paulus Dig. 3, 2, 43, 2: *in popularibus actionibus . . . quis quasi unus ex populo agit*. — ³⁾ Paulus Dig. 47, 23, 1: *eam popularem actionem dicimus, quae . . . ius populi tuetur*. Derselbe Dig. 12, 2, 30, 3 behandelt die Frage, inwiefern die *publica actio*, das staatliche Forderungsrecht, durch die *popularis actio*, die Klaganstellung des einzelnen Bürgers konsumiert werde. — ⁴⁾ Justinian Inst. 4, 10, vgl. Gai. 4, 82. — ⁵⁾ Bei den *interdicta popularia* (vgl. über diese Bruns S. 352 fg.) kann allerdings der Impetrant des magistratischen Befehls nicht im formalen Sinn als *procurator* der Gemeinde angesehen werden, wie dies bei der *actio* der Fall ist; sachlich aber tritt die Wahrung des Gemeindeinteresses durch einen freiwillig dafür eintretenden Bürger hier wo möglich noch bestimmter hervor als bei der Klagvertretung.

Gleichwie Bruns in seiner Abhandlung, über den Titel hinausgehend, sich nicht auf die Popularklagen beschränkt, sondern das römische System der öffentlichen Geldbußen überhaupt behandelt hat, glaube auch ich hier verfahren zu müssen. Ich habe späterhin meine Ansicht darüber in meinem Strafrecht (S. 50 fg. 1012 fg.) im Zusammenhang entwickelt; aber die Widerlegung der Bruns'schen Aufstellungen, die dort nach dem von mir überhaupt darin befolgten Verfahren nicht hat Platz finden können, ist keineswegs überflüssig und sie läßt sich nicht wohl anders geben, als in einem kurz zusammenfassenden Gesamtbild dieses merkwürdigen Gebäudes. Die privaten Geldstrafen, deren Verfolgung ausschließlich dem Geschädigten anheimgestellt ist, bleiben selbstverständlich außer Betracht.

Die öffentlichen Geldbußen, das heißt diejenigen, bei welchen die Straftat gefaßt wird als gegen das Gemeinwesen gerichtet ¹⁾, sind dreifacher Art: entweder gehen sie hervor lediglich aus dem magistratischen Imperium oder aus dem magistratisch-comitalen Strafverfahren oder aus dem deliktischen Civilprozess.

Die lediglich auf dem magistratischen Imperium beruhende Geldbuße, die eigentliche *multa* ²⁾, gehört in den Kreis der Coercition; auf sie bezieht sich die Multgrenze (*multa maxima*). Die Handlung, gegen welche der Magistrat einschreitet, kann nicht als Delikt bezeichnet werden und der Spruch des Magistrats ist kein Rechtsurteil, sondern ein

¹⁾ An sich kann jede Verletzung des einzelnen Bürgers auch aufgefaßt werden als Verletzung des Gemeinwesens. Aber die älteren römischen Ordnungen, die wesentlich auf dem Prinzip der staatlich regulierten Selbsthülfe ruhen, lassen bei dem gegen einen Privaten begangenen Delikt, soweit dasselbe mit einer Vermögensstrafe sühnbar ist, diese Auffassung nur in seltenen Fällen zu, und es paßt auch die Popularklage nicht auf sie, da bei dieser der Strafbetrag entweder der Gemeinde zufällt oder als Belohnung für seine Mühwaltung dem Kläger, die Entschädigung des Privaten also dabei als solche ausfällt. Wenn der Zinswucher, wie es scheint, in älterer Zeit auf diesem Wege bestraft wurde (S. 9 A. 1), so hat dies Verfahren nicht in erster Reihe bezweckt dem Bewucherten Hülfe zu bringen. — ²⁾ Mein Strafrecht S. 50; Bruns S. 319 fg., wo indes die Abgrenzung gegenüber der magistratisch-comitalen Mult nicht streng eingehalten ist.

administrativer Befehl, gegen den also auch nur die administrative, nicht die gerichtliche Appellation statthaft ist. Die Einziehung der Buße, bei welcher selbstverständlich die *actio iudicati* ausgeschlossen ist, wird vermutlich gleichwie die der Steuerbeträge den Beamten des *Ärarium* obgelegen haben, eventuell mit Herbeiführung der Schuldhaft oder doch des Konkurses. — Die magistratisch-comitiale *Multa*¹⁾ gehört dem ordentlichen römischen Strafprozeß in der Periode vor dem Aufkommen der Quästionen an und füllt nebst dem entsprechenden Kapitalverfahren ihn aus; es gibt in dieser Epoche kein anderes reguläres Kriminalverfahren als dasjenige, welches vor die Bürgerschaft kommt oder wenigstens kommen kann. Zu Grunde liegt, wie bei dem Privatstrafrecht die Verletzung des Einzelnen, so hier die Verletzung der Bürgerschaft; welche Handlungen außer dem eigentlichen an sich schon dehnbaren Staatsverbrechen unter diesen Begriff gezogen worden sind, ist hier nicht zu erörtern. Bei den nicht kapitalen Verbrechen, um die es sich hier hauptsächlich handelt, wie zum Beispiel Kornwucher und Kuppelei, liegt wohl meistens ein positives Strafgesetz zu Grunde²⁾, das die Magistrate aufforderte in solchen Fällen Geldstrafen zu erkennen, auch wohl ihnen ein Maximum, niemals aber eine feste Summe vorschrieb, sodaß auch diese Multen immer wenigstens bis zu einem gewissen Grad von dem Arbitrium des Magistrats abhängig blieben. Die in dieser Weise untersagte Handlung wird durchaus als Verbrechen gefaßt und der magistratische Spruch als *Judicat*.³⁾ Daß

¹⁾ Mein Strafrecht S. 1014; Bruns S. 322. — ²⁾ Bruns' Behauptung (S. 322), daß die magistratisch-comitiale Buße auf solche Fälle zu beziehen sei, für welche kein Strafgesetz existiere, ist hervorgerufen durch die unrichtige Annahme, daß die Fixierung eines Maximum für die Multen sich auf alle Geldstrafen beziehe, während sie nur auf die administrativen Multen geht. Die *multae dictio* mit Provocation, welche Bruns ansieht als durch die *multa maxima* ausgeschlossen, liegt vielmehr allen diesen Prozessen zu Grunde. Auch ist nichts gewisser, als daß bei der magistratisch-comitialen Multierung rechtlich festgestellte Delikt-begriffe vorausgesetzt werden, und überhaupt ist die Annahme abzulehnen, daß der dem Quästionensystem vorausgehende ordentliche Strafprozeß der Römer in dieser wilden Willkürlichkeit sich vollzogen habe. —

³⁾ Die Bestätigung des Strafurteils durch die Comitien faßt das römische Staatsrecht nicht als Gesetz (St.-R. 3, 326). Auch ist die magistratisch-

daraufhin die civilrechtliche *actio iudicati* angestellt werden konnte, ist möglich; tatsächlich aber hat wahrscheinlich der obsiegende Magistrat, nachdem das Urteil perfekt war, sofortige Zahlung oder Sicherstellung *praedibus praediisque* gefordert und wenn diese nicht geleistet ward, nach älterem Recht die Addition, späterhin den Konkurs herbeigeführt.¹⁾ — Von der rein magistratischen Ordnungsbuße und der im magistratisch-comitalen Strafprozeß erkannten kriminellen abgesehen, gehören alle übrigen öffentlichen Geldbußen, analog den Privatdelikten, zwar nach dem Tatbestand dem Strafrecht an, aber nach der formalen Behandlung dem Civilrecht. Daß Bruns diesen einfachen Grundbegriff verkannt hat, ist neben den früher hervorgehobenen Mißverständnissen der Begriffe und der Formeln hauptsächlich hervorgerufen durch die vorgefaßte Meinung, daß das *iudicium publicum* bei den Römern notwendig den Kriminalprozeß bezeichnet.²⁾ So faßt er zum Beispiel als Kriminalprozeß das bei Cicero³⁾ erwähnte Multverfahren gegen Q. Opimius, obwohl dieses bei dem mit dem römischen Strafprozeß gar nicht befaßten Stadtprätor anhängig gemacht wird, offenbar vor Geschworne gelangt, die ebenfalls lediglich dem Civilverfahren angehören und mit dem für dieses technischen Wort als *multae petitio* bezeichnet wird.⁴⁾ Es soll hier nicht wiederholt werden, was in meinem Strafrecht⁵⁾ auseinandergesetzt ist, daß *iudicium publicum*, wohl zu unterscheiden von *iudicium populi*, vielmehr denjenigen Privatprozeß bezeichnet, der im Interesse der Gemeinde geführt und darum geschärft wird und daß die Geschwornengerichte des Quästionenverfahrens aus diesem geschärften Privatprozeß hervorgegangen sind; die richtige Auffassung dieser Multklage ist geradezu der

comitiale Strafgewalt hervorgegangen aus dem ursprünglichen absoluten Königsrecht, und ist die Auffassung eines solchen Spruches als Judicat schon darum notwendig, weil die Comitien nur auf Appellation einschreiten und der Verurteilte von dieser absehen kann.

¹⁾ Strafrecht S. 1023. 1028. — ²⁾ S. 326 fg. Ähnlich verhält es sich mit *accusare*. — ³⁾ Verr. I. 1, 60, 155. — ⁴⁾ Daß an einer einzigen Stelle, in der tudertinischen Bronze (Bruns *fontes* p. 153) von der inrogierten Mult gesagt ist *populi iudicio petere*, das Wort also in weiterem Sinne gebraucht ist, kann an dem technischen Wert desselben nicht irre machen (Strafrecht S. 1015 A. 4). — ⁵⁾ Besonders S. 180 fg.

Schlüssel für das Verständnis des jüngeren, auf der Quästion ruhenden römischen Strafprozesses. Hier soll dargelegt werden, daß alle öffentlichen Geldstrafen des römischen Rechts, abgesehen von den beiden vorher erörterten Kategorien, nach den Normen des Privatdelikts civilprozessualisch behandelt werden.

1. Die Handlung oder die Unterlassung, welche durch die öffentliche Geldbuße geahndet wird, ist immer eine Schädigung der Gemeinde, welche aufgefaßt wird als in dieser relativ milden Form sühnbar. Aber da dieser an sich vage und wesentlich negative Begriff als Klagfundament namentlich im Civilprozeß unbrauchbar ist, so folgt daraus, daß für jede Buße dieser Art als rechtliche Grundlage ein Specialgesetz oder eine diesem praktisch gleichstehende Klausel des prätorischen Edikts erfordert wird, welche teils den Tatbestand feststellen, teils die für diesen Fall anzuwendende Prozeßform, teils das Strafmaß.

2. Das betreffende Specialgesetz kann jede dem Gemeinwesen schädlich erachtete Handlung mit Buße belegen; die das gesamte deliktische Gebiet beherrschende Idee der sittlichen Verschuldung wird hier zwar nicht völlig aufgegeben, aber sie tritt, zumal bei den niedrig bemessenen Bußen, hier häufig zurück. Ausgegangen aber sind diese Bußen höchst wahrscheinlich von den im Privatrecht aufgestellten Deliktbegriffen, insofern durch derartige Handlungen die Gemeinde unmittelbar verletzt wird. Wegen Diebstahl zum Beispiel einer dem Staat oder den Staatsgöttern gehörigen Sache kann allerdings ein magistratisch-comitaler Prozeß angestellt werden¹⁾ und auch von der Sachbeschädigung wenigstens bei Sacralgut gilt dasselbe²⁾; aber wohl von jeher hat es, nicht infolge specieller Legislatur, sondern durch einfache Übertragung der über die Privatdelikte bestehenden Satzungen auf den Staat in seinen privatrechtlichen Befugnissen, dem Vertreter der Gemeinde freigestanden solche Delikte nach den Normen des Privatprozesses gerichtlich zu verfolgen.³⁾ Die in den späteren

¹⁾ Strafrecht S. 768. — ²⁾ Strafrecht S. 811. — ³⁾ Strafrecht S. 770. 811.

Ordnungen belegenden Fälle derartig verfolgbarer Konventionen¹⁾ im einzelnen zu erörtern ist hier nicht erforderlich.

3. Da das Specialgesetz die Buße, das heißt die Geldforderung des Staats, immer an einen bestimmten Tatbestand knüpft, so ist die Geltendmachung derselben notwendig bedingt durch Anstellung eines Civilprozesses und Verurteilung in demselben. Für die Behörde, bei der dieser Prozeß anzustellen ist, gelten die allgemeinen Regeln der Schuldforderung, wofern nicht das Specialgesetz darüber anders bestimmt, wie zum Beispiel im lucerinischen Haingesez die Klage durch *manus iniectio pro iudicato* vorgeschrieben wird.²⁾ In Rom also geht die derartige Klage an den Stadtprätor, in den Municipien an den Magistrat *iure dicundo*, sodann an das von dem Stadtprätor oder den Municipalbeamten niederzusetzende Schwurgericht, über dessen Zusammensetzung die Specialgesetze häufig besondere Bestimmungen geben. In allen uns genauer bekannten Einzelfällen entscheiden den Prozeß Recuperatoren und wird derselbe mehrfach auch sonst beschleunigt.

4. Einer Regulierung der Klägerrolle hat es zunächst nicht bedurft; derjenige Magistrat, welcher befugt war die Geldforderungen der Gemeinde geltend zu machen, war auch bei dieser bedingten von Rechts wegen zur Klaganstellung berufen. Indes ist im Interesse der geschädigten Gemeinde das Klagrecht in den Specialgesetzen schon früh weiter erstreckt worden, theils auf jeden Magistrat, also auch den zur Geldklage für die Gemeinden an sich nicht kompetenten³⁾, theils sogar auf jeden zur Klaganstellung bereiten Bürger.⁴⁾ Es kann nicht bezweifelt werden, daß die erstere Form, obwohl auch sie schon eine erweiterte ist, anfänglich vorherrscht hat⁵⁾; die letztere aber, die allerdings auch

¹⁾ Aufzählungen, die nur exemplifikatorischen Wert haben, finden sich bei Bruns S. 314 fg. und in meinem Strafrecht S. 880 fg. —

²⁾ Strafrecht S. 177 A. 2. — ³⁾ Strafrecht S. 184 A. 1. Zwischen dieser Civilklage und dem magistratisch-comitalen Strafverfahren geben die Gesetze dem Beamten zuweilen die Wahl (Strafrecht S. 1005 A. 4). —

⁴⁾ Die Formel ist *qui volet*. — ⁵⁾ Für den Peculat gibt das ältere tarentinische Stadtrecht die Klage jedem Magistrat, das jüngere malacitanische jedem Bürger (Strafrecht S. 770 A. 4).

schon in früher Zeit begegnet¹⁾, beherrscht die spätere Rechtsentwicklung ausschließlich, und dies ist die *actio popularis* der Juristen, mit der wir uns hier zunächst beschäftigen. Wenn auf Grund dieser Vorschrift sich mehrere Personen als Kläger melden, so steht die Auswahl bei dem Prätor, wobei indes die bei der Sache näher beteiligten Personen bevorzugt werden.²⁾

5. Den Strafbetrag fixiert für jeden Einzelfall das Specialgesetz, entweder, wie das wohl in den ältesten Fällen des Diebstahls und der Schädigung von Gemeindegut geschehen ist, durch Übernahme der privatrechtlichen Satzung oder durch specielle Normierung.³⁾ Wo die Contravention sich dazu eignet, kann dabei, wie bei den analogen Privatdelikten, der Sachwert (*quanti ea res est*) oder das Interesse, sei es einfach, sei es in multipler Form zu Grunde gelegt werden, wobei dann die ziffermäßige Feststellung den Geschwornen obliegt. Wo dies Verfahren nicht vorgeschrieben ist, bestimmt das Strafgesetz eine beliebig bemessene feste Summe⁴⁾, auf welche, ähnlich wie bei der Geldschuld, das Gericht bei gelungener Beweisführung zu erkennen hat. Die arbiträre

¹⁾ Den für uns ältesten urkundlichen Beleg für dieselbe gibt das lucerische Haingesez (Strafrecht S. 177 A. 2). Indes die durch den Zinswucher hervorgerufene Civilklage (Strafrecht S. 849), welche gleichartig gewesen zu sein scheint, ist wahrscheinlich noch älter. — Auch hier geben die Gesetze zuweilen die Wahl frei zwischen dem magistratisch-comitalen Strafverfahren und der jedem Bürger freigestellten Civilklage (Strafrecht S. 177 A. 2. S. 811 A. 4). — ²⁾ Dig. 47, 12, 3 pr. tit. 23, 2. 1. 3, 1. Indes auch eine gewisse Klaggemeinschaft kommt vor (Dig. 29, 5, 25, 2). Es gelten hier dieselben Regeln wie im Quästionenprozeß (Strafrecht S. 372). — ³⁾ Eine Modifikation tritt ein bei der gesetzlichen Popularklage wegen Gräberbeschädigung, insofern hier das Gesetz dem Errichter des Grabes die Fixierung der Buße freigibt (St.-R. 2³, 70). — ⁴⁾ Dies erstreckt sich selbst auf die in das prätorische Edikt aufgenommenen Popularklagen, jedoch mit Ausnahme der kulpösen Verwundung des Freien. Während bei der Tötung die feste Strafe von 5000 Sesterzen eintritt, heißt es hier: *si vivet nocitumque ei esse dicetur, quantum ob eam rem aequum iudici videbitur eum cum quo agitur condemnari, tanti iudicium dabo* (Dig. 9, 3, 1 pr.) und fast wörtlich entsprechend in dem ädilicischen Edikt wegen Tötung durch wilde Tiere (Dig. 21, 1, 42). Anders wird natürlich verfahren, wenn der Interessierte klagt (Dig. 47, 12, 3 pr.).

Ästimation ist bei den öffentlichen Bußklagen so gut wie ganz ausgeschlossen.

6. Weitere Nachteile als die Verpflichtung zur Zahlung der Buße führt die Verurteilung in einem derartigen Prozeß an sich nicht herbei, es sei denn, daß er angestellt ward wegen einer auch im Privatprozeß entehrenden Handlung¹⁾, zum Beispiel wegen Diebstahls.²⁾

7. Die Exekution nach erfolgter Verurteilung wird bei der magistratischen Klage die gleiche gewesen sein wie bei der inrogierten Mult: der Verurteilte hat entweder sofort zu zahlen oder genügende Sicherheit *praedibus praediisque* zu bestellen, widrigenfalls verfällt er dem Konkurs.³⁾ Daß auch bei der Popularklage nicht dem obsiegenden Kläger, sondern dem die Gemeinde vertretenden Magistrat die Einziehung zusteht, sagen die Quellen ausdrücklich.⁴⁾ Damit ist zugleich prinzipiell entschieden, daß der Kläger auch bei der Popularklage nicht für sich klagt, wie Bruns behauptet, sondern für die Gemeinde und der Strafbetrag dem Ärarium derselben zufällt. In der Tat genügt schon das zwischen der magistratischen und der popularen Bußklage bestehende Verhältnis zum Erweise dieses Satzes; denn wenn die Verwendung der Summe zum Besten der Gemeinde bei der magistratischen Klage unbestreitbar feststeht und dem obsiegenden Magistrat nur etwa wie bei den ädilicischen Comitialmulten ein freieres Verwendungsrecht zugestanden haben kann⁵⁾, so läßt auch bei der wesentlich gleichartigen popularen der procuratorische Charakter sich nicht in Abrede

¹⁾ Strafrecht S. 993. — ²⁾ Irrig Bruns S. 328. — ³⁾ Strafrecht S. 1023. Dafür zeugt namentlich die genau bekannte Exekution im Repetundenprozeß, welcher aus der öffentlichen Bußklage hervorgegangen ist. —

⁴⁾ Tarentiner Stadtrecht Z. 34: *sei quis adversus ea faxit, quanti id aedificium fuerit, tantam pecuniam municipio dare damnas esto eiusque pecuniae [que]i volet petiti[o] esto. Mag(istratus) quei exegerit dimidium in publicum referto, dimidium in ludeis consumito.* Stadtrecht von Genetium c. 61: *colonisque . . . HS XX d(are) d(annas) esto eiusque pecuniae cui volet petitio, II viro . . . exactio indicatioque esto*, wo allerdings das Wort *indicatio* inkorrekt gesetzt ist und wohl angesehen werden muß als eine der vielen in diesem Text vorkommenden Interpolationen. —

⁵⁾ Dies begegnet auch hier bei der Peculatklage des tarentinischen Stadtrechts (A. 4; Strafrecht S. 1025).

stellen. Auch wird in den Digesten die wegen Verrückung eines Grenzsteins durch Popularklage erlangte Strafsumme ausdrücklich dem Ärarium zugesprochen.¹⁾

8. Damit ist es wohl vereinbar, daß bei diesen Bußklagen die Klägerbelohnungen in den einzelnen Strafgesetzen eine wesentliche Rolle gespielt haben. Nach Gaius²⁾ wird gegen den, welcher durch vorzeitige Eröffnung des Testaments eines Ermordeten die Folterung der darin freigelassenen Sklaven unmöglich gemacht hat, eine *actio popularis* auf 10 000 Sesterzen gegeben, welcher Betrag zur Hälfte der Gemeinde, zur Hälfte dem Kläger zufällt. Unter den Verbrechen und Vergehen der Rechtsordnung der späteren Republik und der Kaiserzeit sind nicht wenige zwar nicht ausdrücklich als popular bezeichnete, aber dem Wesen nach populare, wie zum Beispiel das Plagium³⁾, mit öffentlichen Geldstrafen belegt, von denen ein Teil dem Ankläger zukommt. Da bei den popularen Interdikten niemals von Ablieferung der Straf gelder an die Gemeinde gesprochen wird, so mögen diese wohl allgemein dem Kläger für seine Bemühung zugefallen sein. — Ebenso wird bei der vorher erwähnten (S. 8 A. 2) durch *manus iniectio pro iudicato* geschärften Popularklage der Kläger vermutlich das Straf geld behalten haben, da nicht recht abzusehen ist, wie in einen also von einem Privaten begonnenen Prozeß die magistratische Exekution hat eingreifen können. — Daß bei der prätorischen Popularklage wegen Gräberverletzung, welche zunächst dem bei der Sache Interessierten, in Ermangelung eines solchen aber jedem Bürger gegeben wird, die Strafsumme wie in dem ersten, so auch in dem zweiten Fall dem Kläger zu gute kommt, ist von Bruns sicher mit Recht angenommen worden.⁴⁾ Bei der schlechthin popularen Klage wegen Gräberverletzung, welche neben dieser prätorischen nur eventuell popularen in Lokalstatuten und wahrscheinlich auch in römi-

¹⁾ Dig. 47, 21, 3 pr.: (*lex quam Gaius Caesar tulit*) *in terminos singulos . . . quinquaginta aureos in publico dari iubet et eius actionem petitionem ei qui volet esse iubet*. Dies ist das bei den Gromaticern teilweise erhaltene Ackergesetz Cäsars (Bruns *fontes* ⁶ p. 96). — ²⁾ Dig. 29, 5, 25, 2; Strafrecht S. 508. — ³⁾ Strafrecht S. 782. — ⁴⁾ Bruns S. 338; mein Strafrecht S. 814.

schen Volksschlüssen angeordnet war, werden ausdrücklich Delatorenprämien erwähnt.¹⁾ Auch von den andern prätorischen Popularklagen, die in das justinianische Recht übergegangen sind, wegen kulploser Tötung oder Verwundung eines Freien²⁾, wegen drohender Schädigung durch Stoß und Fall³⁾ und wegen Beschädigung des prätorischen Album⁴⁾ wird dies für das justinianische Recht einzuräumen sein⁵⁾, da dies von der Abführung der Strafgeelder an das Ärarium schweigt und bei ihnen allen ein öffentliches Interesse obwaltet die Anstellung solcher Prozesse zu fördern. Wären unsere Quellen ausgiebiger, so würden sie vermutlich noch zahlreiche gleichartige Klägervergünstigungen aufzeigen; von dem uneigennütigen Patriotismus hat das römische Strafrecht der späteren Republik und der Kaiserzeit gewiß mit Recht wenig erwartet. Aber mag auch die vollständige Abführung dieser Strafgeelder an den Staat späterhin praktisch die Ausnahme gewesen sein, das Prinzip wird dadurch nicht erschüttert, daß, wo das Specialgesetz nicht anders bestimmt, die öffentliche Buße dem Staat zufällt.

¹⁾ Staatsrecht 2³, 70. — ²⁾ Bruns S. 341; mein Strafrecht S. 836. Auch diese Klage wird zunächst dem näher Interessierten gegeben. —

³⁾ Bruns S. 343; Strafrecht S. 839. — ⁴⁾ Bruns S. 343; Strafrecht S. 672 A. 6. — ⁵⁾ Strafrecht S. 507.